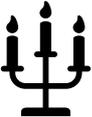


Erste Ergebnisse der Repräsentativbefragung „Junge Menschen in Deutschland 2024“

Diego Farren, Peter Wetzels, Katrin Brettfeld,
Rebecca Endtricht und Jannik M.K. Fischer

Die Studie „Junge Menschen in Deutschland“ (JuMiD) ist Bestandteil des Forschungsprojektes MOTRA an der Universität Hamburg, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) sowie dem Bundesministerium des Inneren und für Heimat (BMI) gefördert wird. Die Studie untersucht, wie Jugendliche und junge Erwachsene die aktuelle gesellschaftliche und politische Situation in Deutschland wahrnehmen. Im Mittelpunkt stehen Fragen zu Einschätzungen der Probleme und Herausforderungen der heutigen Zeit, was junge Menschen darüber denken und welche Folgerungen sie für sich daraus ableiten. Dazu werden im Abstand von zwei Jahren wiederholte Online-Befragungen in Deutschland durchgeführt, in denen über 3 000 junge Menschen im Alter von 16 bis 21 Jahren zu Wort kommen. Im Folgenden werden ausgewählte Ergebnisse der zweiten Welle dieser Studie vorgestellt, die von April bis Juni 2024 durchgeführt wurde.

Junge Menschen in Deutschland 2024 - Wer sind die Teilnehmer*innen? ¹

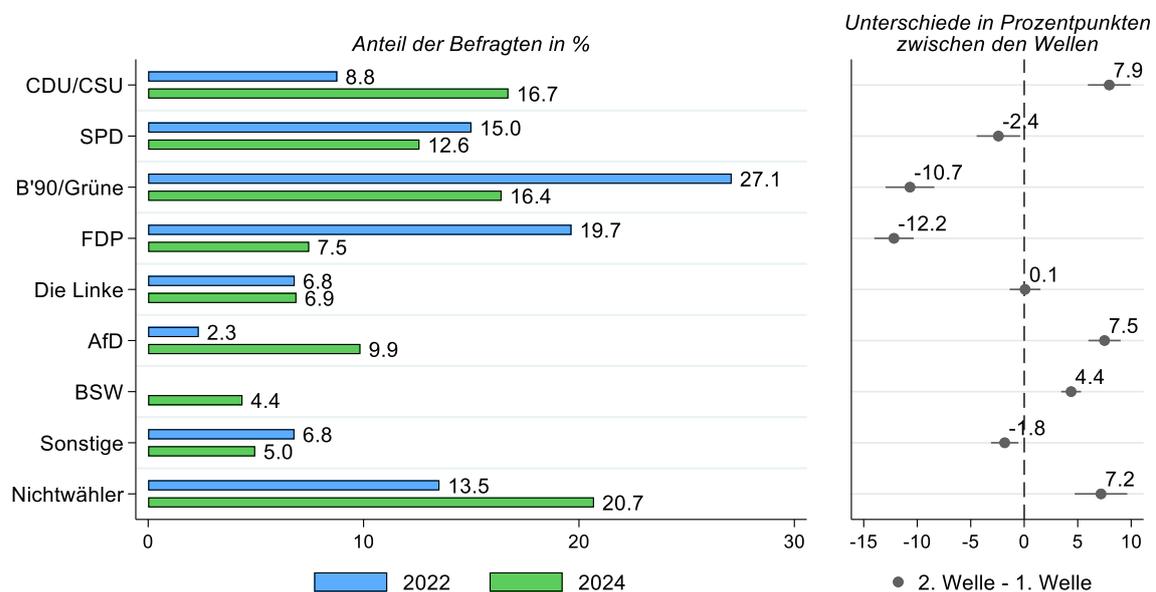
| | |
|-------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
|  | <ul style="list-style-type: none"> • 3 151 Personen zwischen 16 und 21 Jahren haben zwischen Anfang April und Anfang Juni 2024 an der 2. Welle der Studie JuMiD teilgenommen. • 51% dieser erreichten Personen sind männlich, 47% weiblich und 2% ordnen sich selbst als „divers“ ein. • Das Durchschnittsalter liegt bei 19 Jahren. • Nur 3% sind bereits verheiratet oder leben in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft. |
|  | <ul style="list-style-type: none"> • 45% der Befragten gehen noch zur Schule, 24% studieren, 17% machen eine berufliche Ausbildung und 7% sind berufs- oder erwerbstätig. • 6% haben einen Hauptschulabschluss, streben einen solchen Abschluss an oder haben die Schule ohne Abschluss verlassen. Weitere 25% haben die mittlere Reife (oder sind noch in der Schule und streben diese an) und knapp 68% haben das Abitur oder einen vergleichbaren Abschluss (oder sind noch in der Schule und streben dies an). |
|  | <ul style="list-style-type: none"> • 7% geben an, dass sie selbst staatliche Unterstützung wie z.B. Bürgergeld oder Sozialhilfe erhalten. • 10% geben an, dass ihre Eltern solche staatlichen Sozialleistungen erhalten. • Insgesamt leben 14% in einer sozialen Situation, in der sie selbst oder ihre Eltern mindestens teilweise von sozialen Unterstützungsleistungen abhängig sind. |
|  | <ul style="list-style-type: none"> • 41% der Befragten haben einen Migrationshintergrund. Die Mehrheit davon (fast zwei Drittel) besitzt die deutsche Staatsbürgerschaft. • Insgesamt haben 85% aller Befragten die deutsche Staatsbürgerschaft (entweder als erste oder zweite Staatsangehörigkeit). |
|  | <ul style="list-style-type: none"> • Die Mehrheit gibt an, einer christlichen Religion anzugehören (59%). Etwa 9% ordnen sich selbst dem Islam zu. Andere Religionen sind mit 3% der Befragten nur sehr gering vertreten. • 30% geben an, keiner Religion anzugehören bzw. sich keiner Religion zugehörig zu fühlen. |

¹ Alle Auswertungen wurden mit gewichteten Daten durchgeführt. Die Ergebnisse sind repräsentativ für die Einwohner*innen Deutschlands im Alter von 16 bis 21 Jahren. Informationen zu Rücklauf und Gewichtungsverfahren finden sich im UHH MOTRA-Forschungsbericht No. 16, der online verfügbar ist unter: <https://www.jura.uni-hamburg.de/die-fakultaet/professuren/kriminologie/media/uhh-forschungsbericht-16-jumid24.pdf>

Politische Einstellungen Jugendlicher und junger Erwachsener

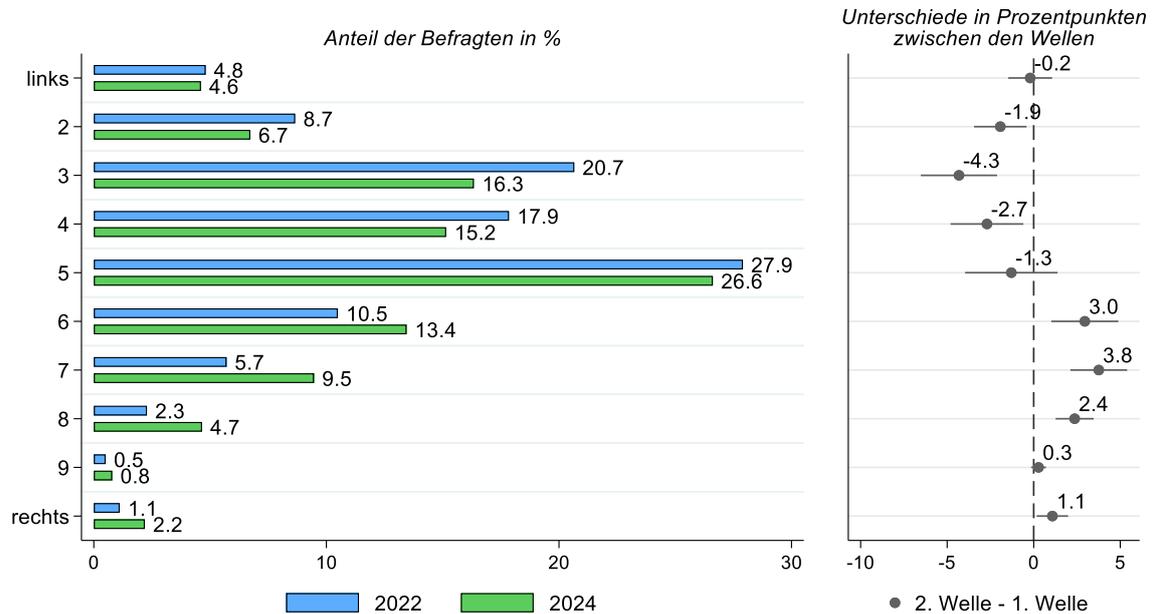
Im Vergleich zur Erhebung aus dem Jahr 2022 hat sich in 2024 der Anteil der Befragten, die bereit wären, eine der aktuellen Regierungsparteien (SPD, B'90/Grüne und FDP) zu wählen, fast halbiert: von 65% im Jahr 2022 auf 36% im Jahr 2024. Besonders stark sind die Rückgänge für die FDP, deren Rate von 19.7% auf 7.5% gefallen ist. Auch die Grünen haben zwischen den beiden Befragungen mehr als 10 Prozentpunkte verloren. Der Anteil derjenigen, die angeben, sie würden die AfD wählen, hat sich dagegen mehr als vervierfacht, von 2.3% im Jahr 2022 auf 9.9% im Jahr 2024. Auch die CDU/CSU hat unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 2022 und 2024 deutlich an Popularität gewonnen, ihr Anteil stieg von 8.8% auf 16.7%. Der Anteil der Nichtwähler*innen ist ebenfalls von 13.5% auf 20.7% stark gestiegen. Die neu gegründete Partei BSW würden 4.4% der Befragten wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre.

Wen würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Die Befragten wurden auch gebeten, sich politisch auf einer Skala von 1 bis 10 einzuordnen, wobei 1 ganz links und 10 ganz rechts bedeutet. 40.0% der Befragten ordnen sich in der Mitte (Werte 5 und 6) ein, weitere 42.8 % links von der Mitte (Werte zwischen 1 und 4) und 17.2% rechts von der Mitte (Werte zwischen 7 und 10). Die Daten zeigen insgesamt eine deutliche Verschiebung nach rechts. Im Jahr 2022 stuften sich nur 9.6% der Befragten rechts von der Mitte ein, also 7.6 Prozentpunkte weniger, als das aktuell im Jahr 2024 zu beobachten ist. Beim maximalen Wert von 10, der für ganz rechts steht, hat sich der Anteil der Befragten zwischen 2022 und 2024 - auf niedrigem Niveau - verdoppelt (von 1.1% in 2022 auf 2.2% in 2024).

Wo würden Sie sich einstufen?

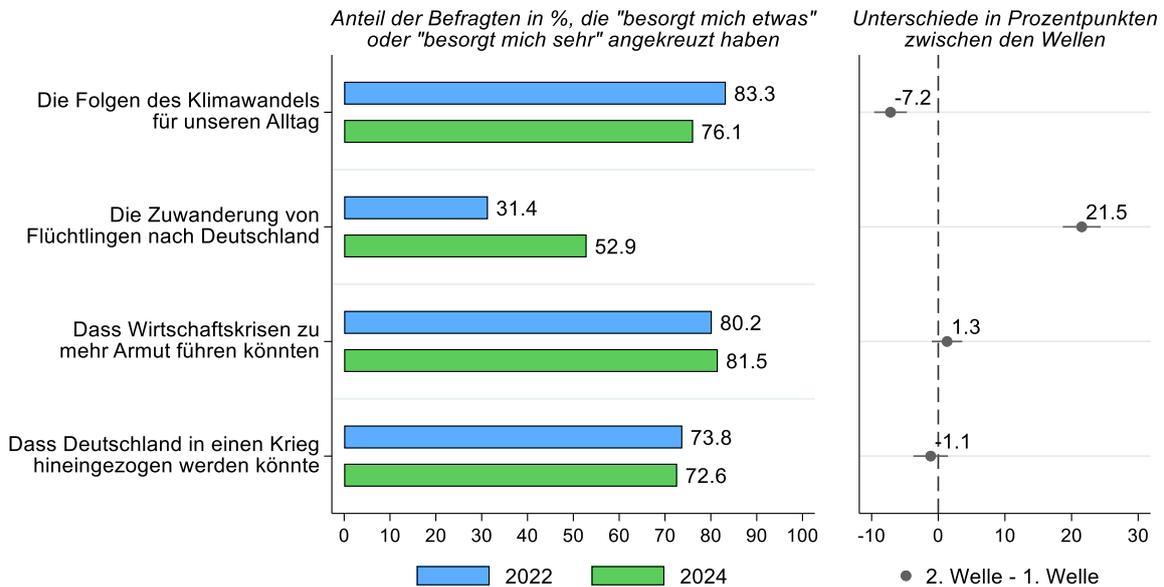


Sorgen angesichts aktueller politischer Konflikte und gesellschaftlicher Herausforderungen

Die in der Befragung thematisierten gesellschaftlichen Krisen, nationalen und internationalen Konflikte sowie die damit verbundenen gesellschaftlichen Herausforderungen bereiten den meisten jungen Menschen im Jahr 2024 erhebliche Sorgen. Dies gilt insbesondere für die Themen Klimawandel (76.1%), Wirtschaftskrisen (81.5%) und Kriege (72.6%). Im Vergleich zum Jahr 2022 sind die Besorgnisse über Wirtschaftskrisen und Kriege im Jahr 2024 unverändert hoch. Beim Thema Klimawandel sind die Sorgen junger Menschen trotz aller klimabedingten Katastrophen, die sich inzwischen weltweit ereignet haben - auf weiterhin hohem Niveau - leicht rückläufig. Ob sich hier ein sich fortsetzender Trend andeutet, ist jedoch noch offen. Ein solcher wäre dann durchaus problematisch, wenn damit verbunden auch die Bereitschaft der jungen Menschen sinken sollte, sich für den Schutz der Umwelt zu engagieren und entsprechende politische Maßnahmen zu unterstützen.

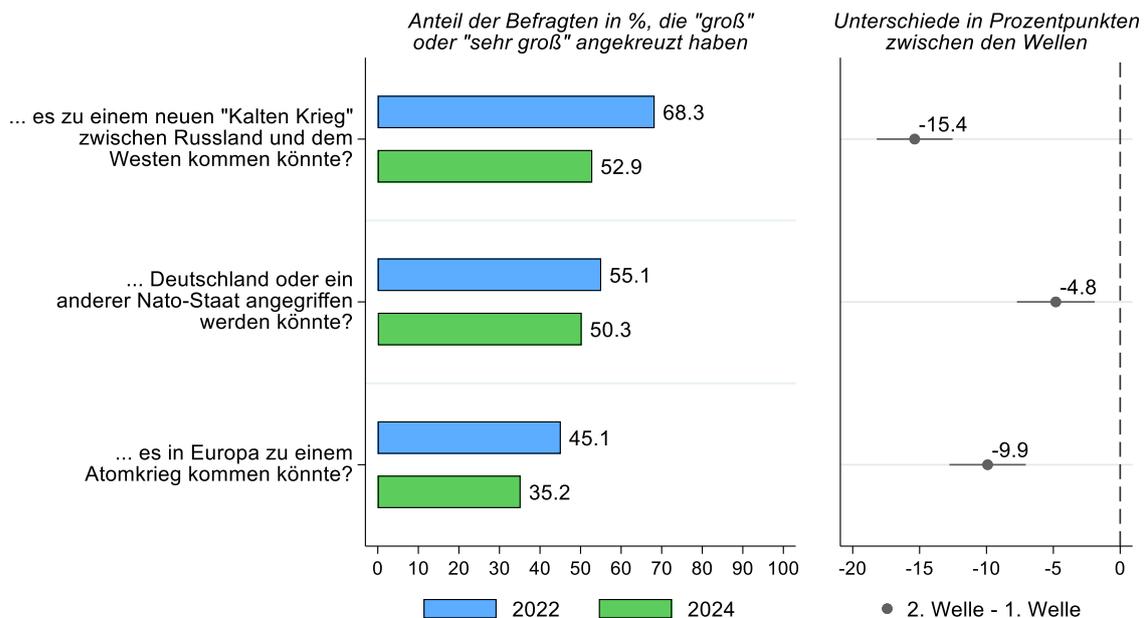
Besonders auffällig ist die Zunahme der Sorgen, die junge Menschen mit der Zuwanderung von Flüchtlingen verbinden. Auch wenn der Anteil derer, die diesbezüglich „sehr besorgt“ sind, im Vergleich zu den anderen Themen hier am geringsten ausfällt, ist die Steigerung um insgesamt mehr als 21 Prozentpunkte zwischen 2022 und 2024 ganz erheblich. Das führt dazu, dass im Jahr 2024 mehr als die Hälfte der jungen Menschen (52.9%) über die Auswirkungen von Flucht und Migration auf ihr eigenes Leben besorgt sind.

Inwieweit sind Sie über die folgenden Herausforderungen und deren mögliche Auswirkungen auf Ihr Leben besorgt?



Speziell zum Krieg in der Ukraine wurden weitere ergänzende Fragen gestellt. Dieser Krieg beunruhigt Jugendliche und junge Erwachsene in Deutschland nach wie vor in hohem Maße. Jeweils etwa die Hälfte der Befragten macht sich „große“ bis „sehr große“ Sorgen, dass dieser Krieg zu einem neuen „Kalten Krieg“ werden könnte (52.9%) und dass ein NATO-Staat angegriffen werden könnte (50.3%). „Große“ oder „sehr große“ Sorgen vor einem Atomkrieg in Europa äußert rund ein Drittel der Befragten (35.2%).

Wie groß ist Ihre Sorge, dass ...

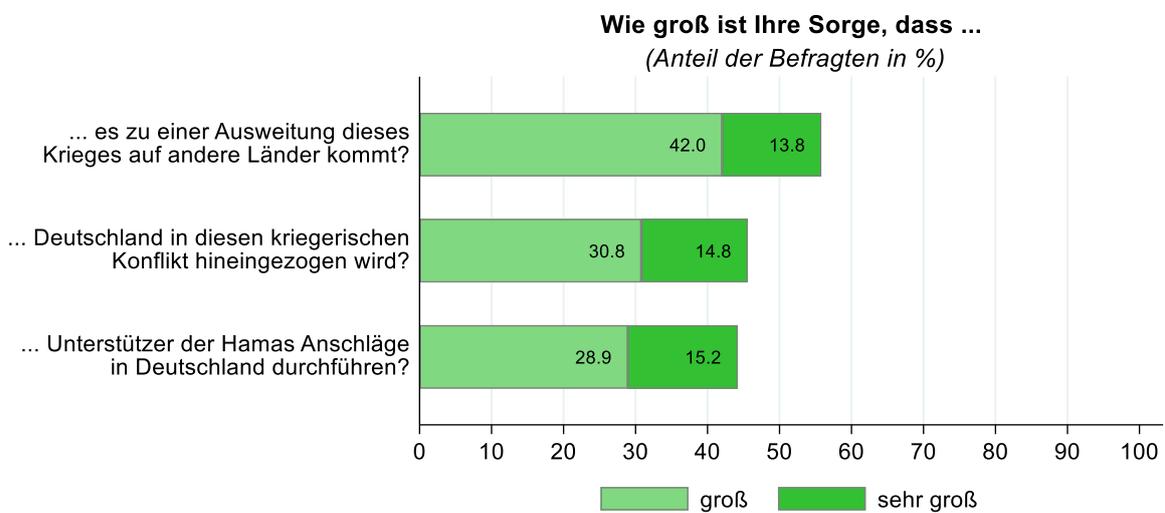


Die mit dem Krieg in der Ukraine verbundenen Sorgen sind zwar insgesamt recht hoch, haben aber in den letzten zwei Jahren abgenommen. So ist die Angst vor einem „Kalten Krieg“ in der Zwischenzeit um 15 Prozentpunkte zurückgegangen, die Angst vor einem Atomkrieg in Europa um rund 10 Prozentpunkte und die Angst vor einem Angriff auf einen NATO-Staat ist um rund 5

Prozentpunkte gefallen, was durchaus auf mögliche Gewöhnungseffekte bei einem Teil der jungen Menschen zurückzuführen sein könnte. Gleichwohl sind auf die Ukraine bezogen Ängste vor Krieg und Kriegsfolgen nach wie vor weit verbreitet.

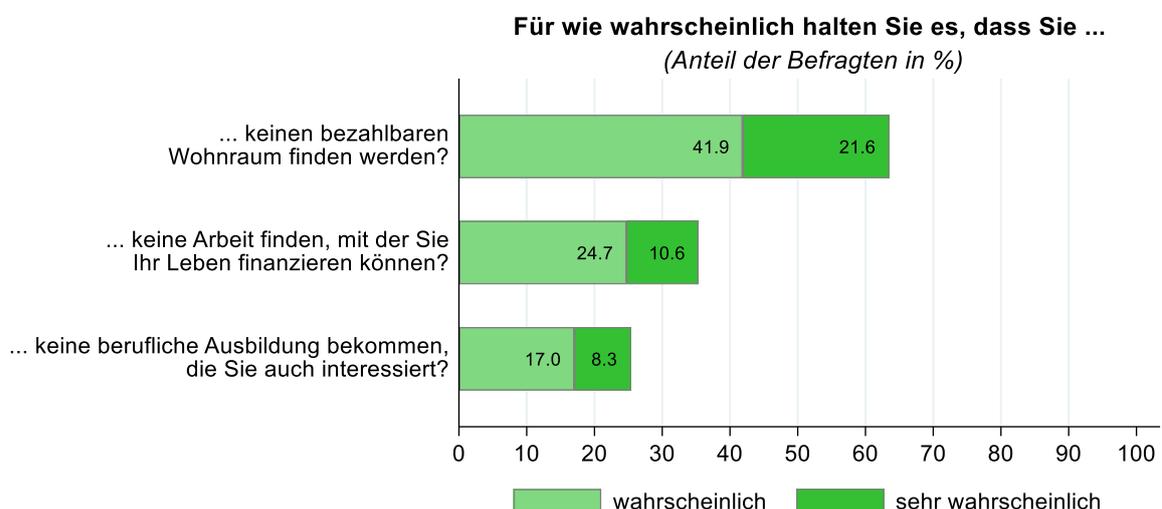
Zwischen der ersten und der zweiten Welle der JuMiD-Befragung ereignete sich auch die massive Eskalation der Konflikte im Nahen Osten, insbesondere der Krieg in Gaza im Gefolge des terroristischen Überfalls der Hamas auf Israel. In der Erhebung im Jahr 2024 wurde auch dieses Thema aufgegriffen.

Die Mehrheit der Befragten jungen Menschen macht sich „große“ bis „sehr große“ Sorgen, dass sich dieser Krieg ausweiten könnte (55.8%). Ein erheblicher Anteil der Befragten befürchtet auch, dass Deutschland in den Krieg hineingezogen werden könnte (45.6%) und dass es in Deutschland zu Anschlägen durch Unterstützer der Hamas kommen könnte (44.2%).



In der nahen Zukunft erwartete Einschränkungen wegen Wirtschaftskrise und Inflation

Angesichts der erheblichen Zunahme der Inflation und der damit verbundenen wirtschaftlichen Krise in den vergangenen Jahren wurden im Jahr 2024 auch zu diesem Thema einige Fragen gestellt. Es zeigt sich, dass die jungen Menschen ganz erhebliche Auswirkungen auf ihr zukünftiges Leben erwarten.



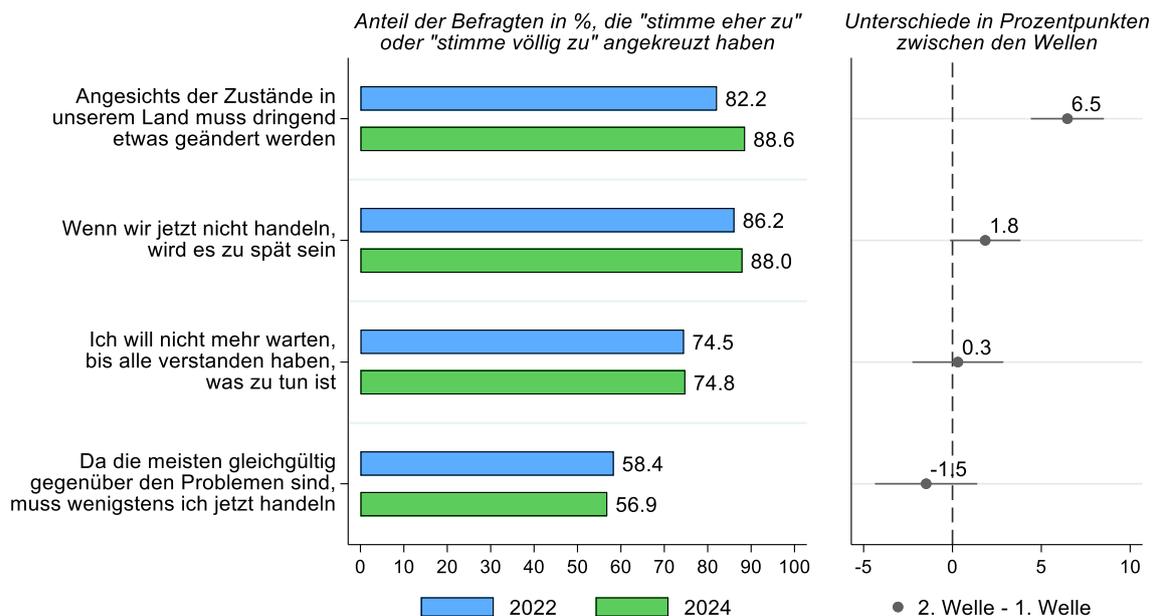
Fast zwei Drittel der Befragten halten es für „wahrscheinlich“ bis „sehr wahrscheinlich“, dass sie in Zukunft keine bezahlbare Wohnung finden werden (63.5%). Mehr als ein Drittel der Befragten hält es für wahrscheinlich, dass sie keine Arbeit finden werden, mit der sie genug verdienen, um ihr Leben finanzieren zu können (35.4%). Keine Ausbildung zu finden, die den eigenen Interessen entspricht, halten etwa ein Viertel der Befragten für wahrscheinlich (25.4%).

Erlebter Handlungsdruck und Bereitschaft zu persönlichem Engagement

Es wäre zu erwarten, dass angesichts der berichteten Sorgen und Belastungen bei jungen Menschen auch ein subjektiver Handlungsdruck entsteht, also das Gefühl, dass dringend etwas getan oder geändert werden muss. Und tatsächlich sind 88.6% der Befragten der Meinung, dass sich in Deutschland etwas ändern muss und dass es „fünf vor zwölf“ ist (88%). Das Gefühl, dass die Zeit knapp wird und Veränderungen schnell nötig sind, ist zudem zwischen 2022 und 2024 weiter gewachsen.

Drei Viertel der Befragten (74.8%) erklärten, nicht mehr warten zu wollen, „bis alle verstanden haben, was zu tun ist“. Mehr als die Hälfte der jungen Menschen ist auch bereit, selbst aktiv zu werden, um die anstehenden Probleme in den Griff zu bekommen (56.9%). Diese Anteile haben sich im Vergleich zu 2022 nicht verändert.

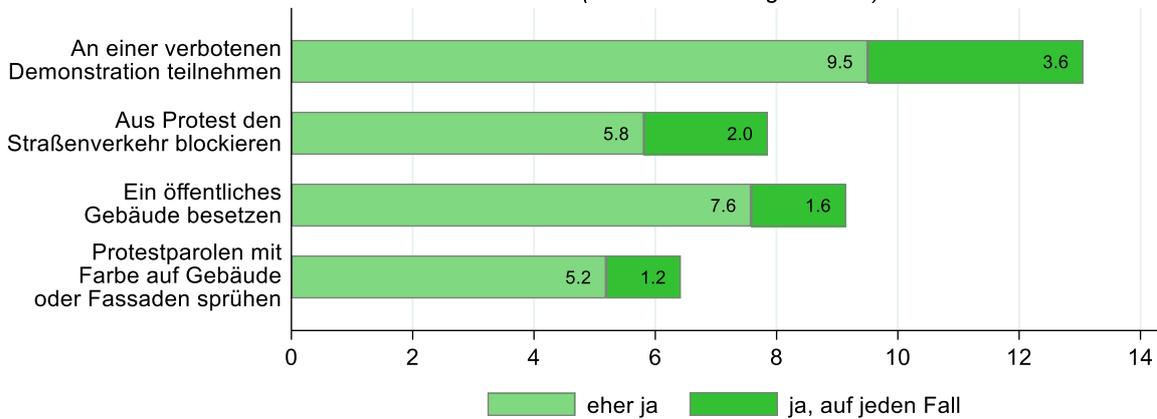
Wie stehen Sie zu den folgenden Aussagen?



Trotz dieses weit verbreiteten subjektiven Handlungsdrucks sind nur wenige Befragte bereit, etwas Illegales zu unternehmen um dagegen etwas zu tun. Etwa 13% wären bereit, an einer illegalen Demonstration teilzunehmen, 9% wären bereit, ein öffentliches Gebäude zu besetzen, knapp 8% wären bereit, aus Protest den Straßenverkehr zu blockieren und 6% wären bereit, Protestparolen auf Fassaden zu sprühen. Insofern ist die Bereitschaft zu einem strafrechtlich relevanten Protestverhalten durchaus bei einem substanziellen Anteil der Jugendlichen zu erkennen, es handelt sich aber um eine, allerdings durchaus relevante, Minderheit.

Inwieweit wären Sie bereit, die folgenden Dinge zu tun oder dabei mitzumachen?

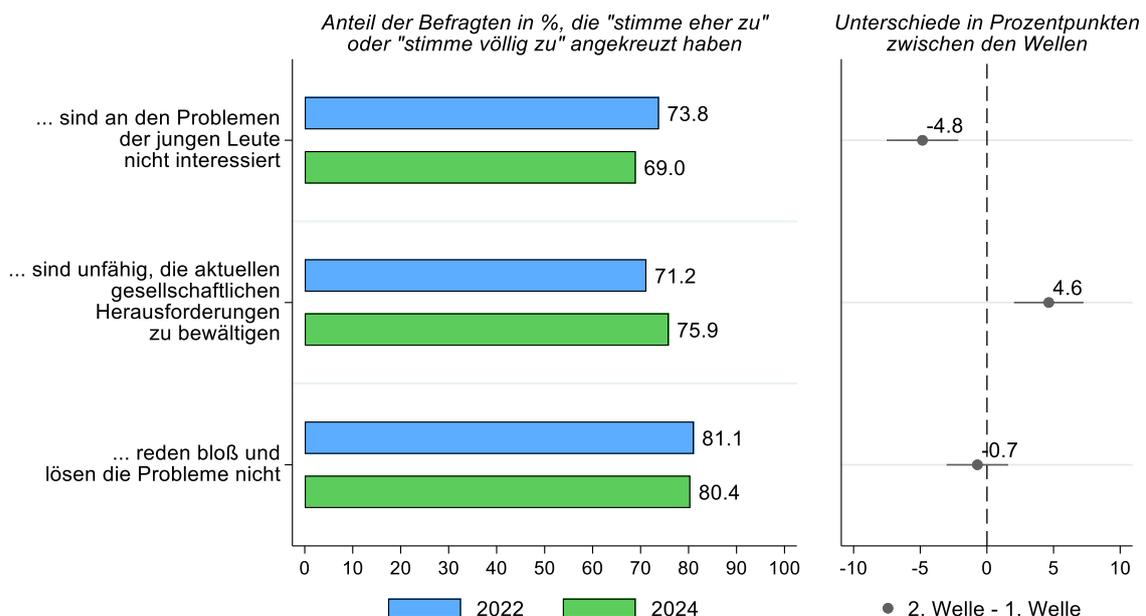
(Anteil der Befragten in %)



Wahrnehmung von Staat, Politik und gesellschaftlichen Institutionen

Die Meinung der Befragten über die relevanten Entscheidungsträger aus Politik und Gesellschaft ist überwiegend kritisch. Die Mehrheit der jungen Menschen stellt den Entscheidungsträgern in Deutschland ein schlechtes Zeugnis aus. 69% finden, dass sie sich nicht für die Probleme der jungen Leute interessieren. 75.9% finden, dass die verantwortlichen Akteure den aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen nicht gewachsen und unfähig sind diese zu bewältigen. 80.4% sind der Ansicht, dass die Entscheidungsträger viel reden, die Probleme aber nicht lösen. Interessant ist hier, dass die Rate derer, die ein Desinteresse der Entscheidungsträger wahrnehmen, zwar um 4.8 Prozentpunkte gesunken ist, dass aber gleichzeitig die Rate derer, die eine Unfähigkeit der relevanten Akteure wahrnimmt, um 4.6 Prozentpunkte zugenommen hat.

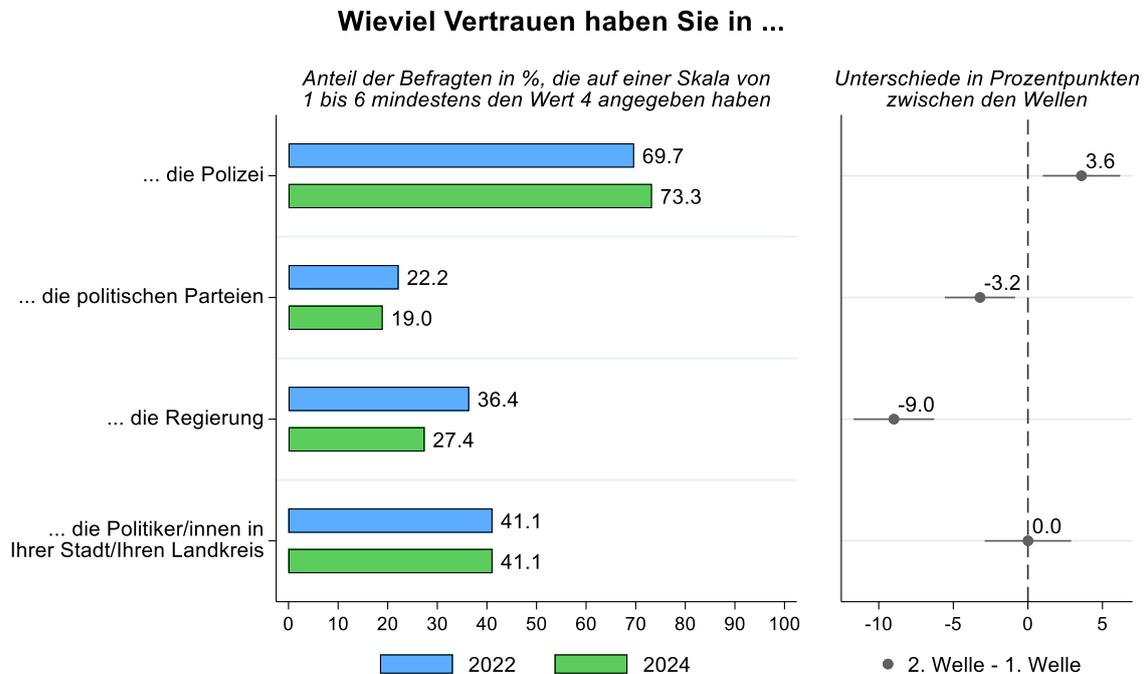
Die Entscheidungsträger in unserem Land ...



Die Bewertung ausgewählter staatlicher Institutionen mit Blick auf das Vertrauen in diese bestätigt diesen Pessimismus. Lediglich der Polizei wird mehrheitlich vertraut (73.3%), wobei dieses Vertrauen seit 2022 leicht zugenommen hat. Das Vertrauen in die politischen Parteien ist

demgegenüber sehr gering (19%) und ist seit 2022 weiter gesunken. Auch der Regierung wird nur von etwa einem Viertel der Befragten Vertrauen entgegengebracht (27.4%). Hier ist seit 2022 ein Absinken um 9 Prozentpunkte zu erkennen.

Das Vertrauen in die lokalen Politiker ist allerdings deutlich höher als in die Regierung und die politischen Parteien. Diesbezügliches Vertrauen äußern aber auch hier weniger als die Hälfte der Befragten (41.1%). Zwischen 2022 und 2024 hat sich das nicht geändert.

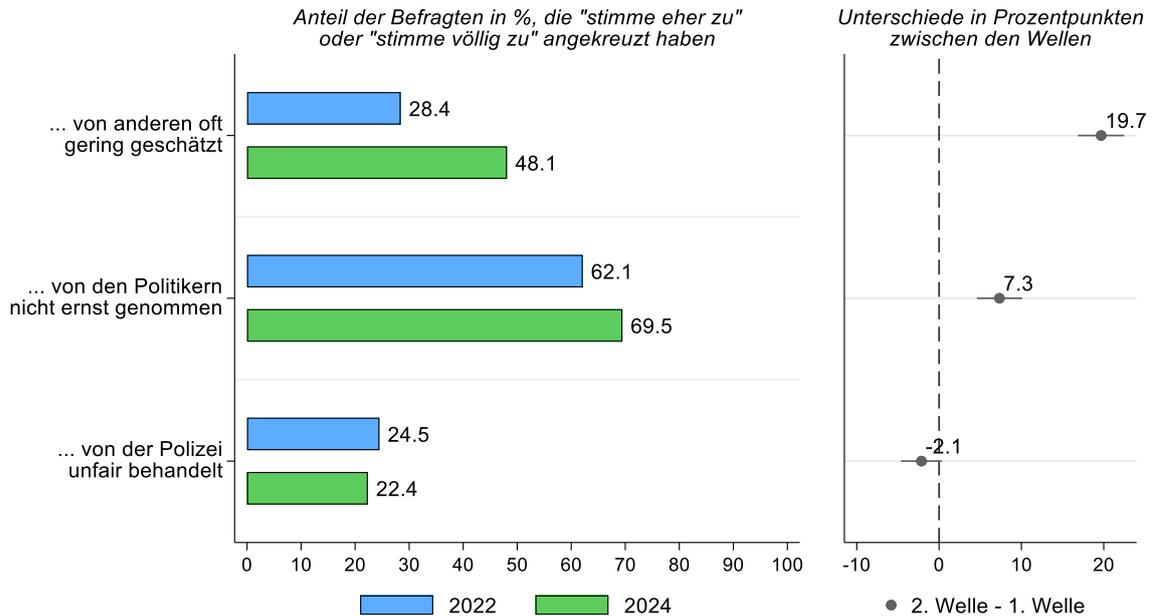


Wahrnehmung von gesellschaftlicher Fairness und Wertschätzung der eigenen Gruppe

Weiter wurde erhoben, inwieweit die Befragten das Gefühl haben, dass die Gruppe, der sie sich selbst zugehörig fühlen, in der Gesellschaft respektiert und wertgeschätzt sowie fair durch die relevanten gesellschaftlichen Institutionen behandelt wird. Dieser Bezug zur eigenen Gruppe wurde über die Einleitung „Hier bei uns werden Menschen wie ich ...“ hergestellt.

Die Mehrheit der Befragten fühlt sich von der Politik nicht ernst genommen (69.5%), wobei dieser Anteil zwischen den Wellen um 7.3 Prozentpunkte zugenommen hat. Fast die Hälfte der Befragten (48.1%) fühlt sich zudem von anderen wenig geschätzt. Auch diese Rate ist seit 2022 um 19.7 Prozentpunkte angestiegen. Die Wahrnehmung, von der Polizei ungerecht behandelt zu werden, wird von etwa einem Fünftel der Befragten geteilt (22.4%) und hat sich im Vergleich zu 2022 kaum verändert.

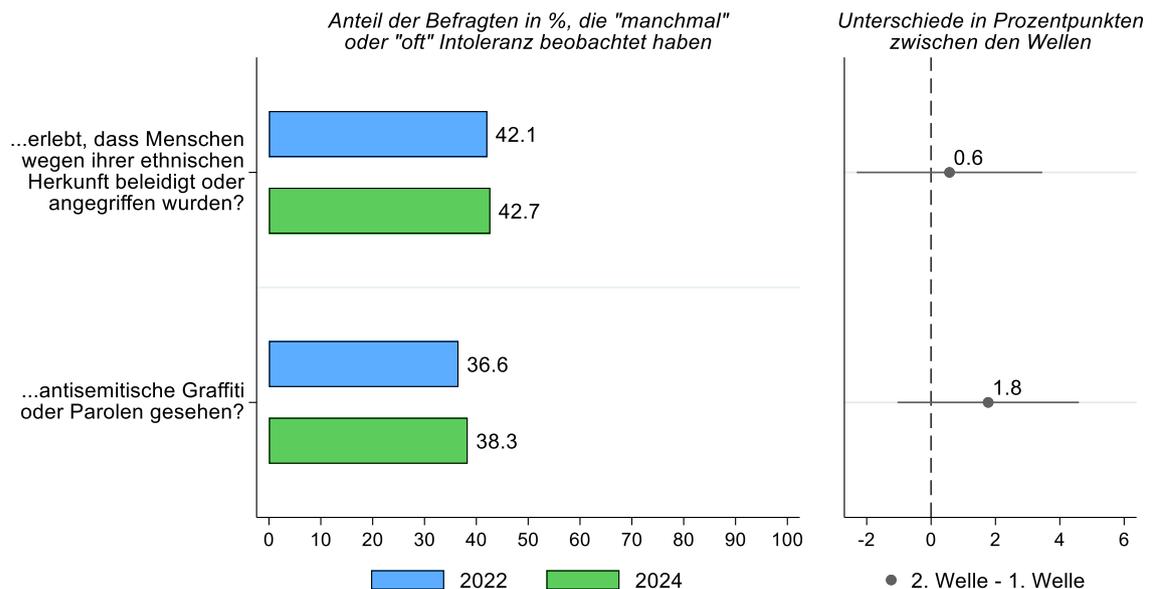
Hier bei uns werden Menschen wie ich...



Beobachtung von Intoleranz und Diskriminierung im eigenen Lebensumfeld

Eine relevante Anzahl der Befragten hat in den letzten 12 Monaten Anzeichen von Intoleranz gegenüber anderen Menschen und Gruppen in ihrem persönlichen Umfeld beobachtet. 42.7% haben zumindest „manchmal“ erlebt, dass eine andere Person aufgrund ihrer ethnischen Herkunft beleidigt oder angegriffen wurde. Darüber hinaus haben 38.3% der Befragten in diesem Zeitraum antisemitische Schmierereien gesehen. Diese Werte haben sich zwischen den beiden Erhebungswellen kaum verändert.

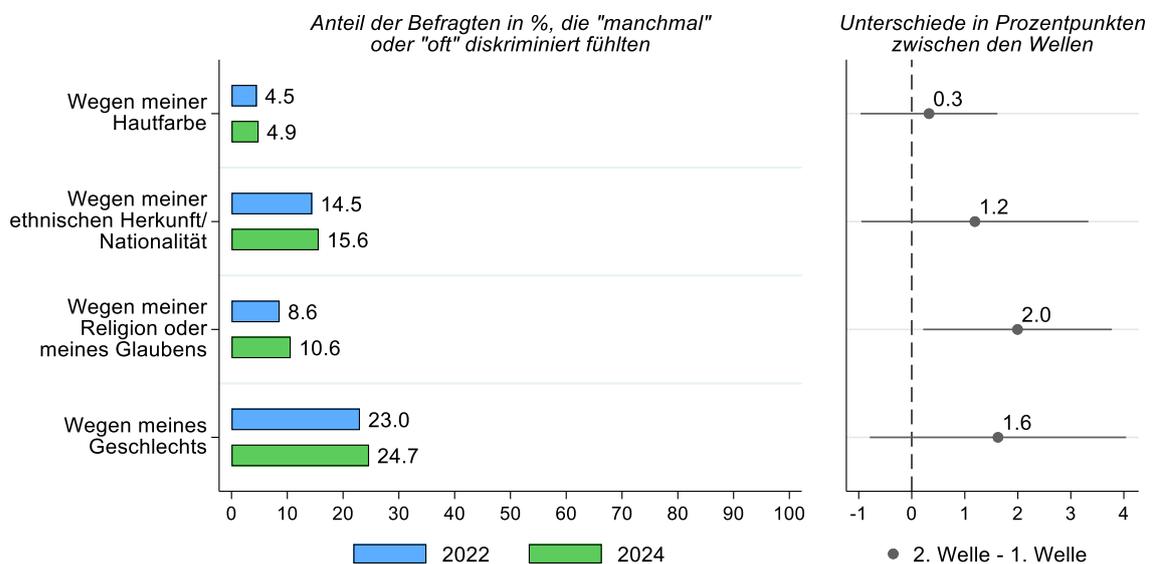
Wie oft haben Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrem persönlichen Umfeld selbst...



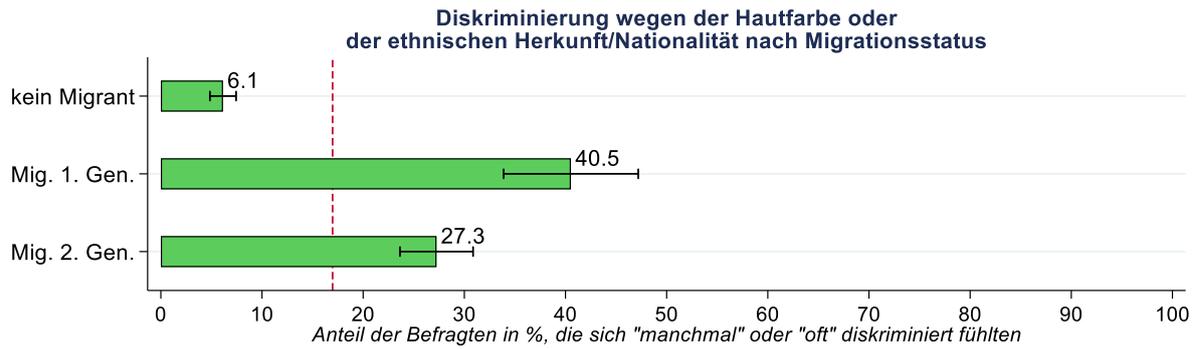
Persönliche Betroffenheit durch Intoleranz und Diskriminierung

Selbst erlebte Diskriminierung ist deutlich seltener als beobachtete Intoleranz. 4.9% der Befragten gaben an, in den letzten 12 Monaten zumindest „manchmal“ wegen ihrer Hautfarbe diskriminiert worden zu sein. Diskriminierung aufgrund der ethnischen Herkunft oder Nationalität wird 2024 von 15.6% und somit von deutlich mehr der Befragten berichtet. 10.6% der Befragten gaben an, wegen ihrer Religion in den letzten 12 Monaten zumindest „manchmal“ diskriminiert worden zu sein. Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wird von 24.7% der Befragten berichtet. Ein Anstieg ist in Bezug auf die Diskriminierung aufgrund der Religion zu erkennen, die zwischen den beiden Wellen um 2.0 Prozentpunkte von 8.6% auf 10.6% anstieg. Die Häufigkeiten der übrigen Diskriminierungsarten sind zwischen den Wellen stabil.

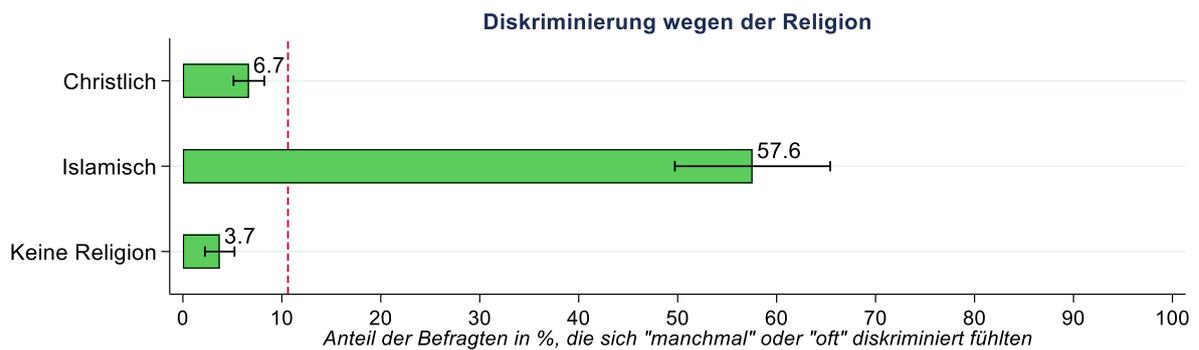
Wie oft ist es in den letzten 12 Monaten vorgekommen, dass Sie sich persönlich aus einem oder mehreren der nachfolgend genannten Gründe diskriminiert gefühlt haben?



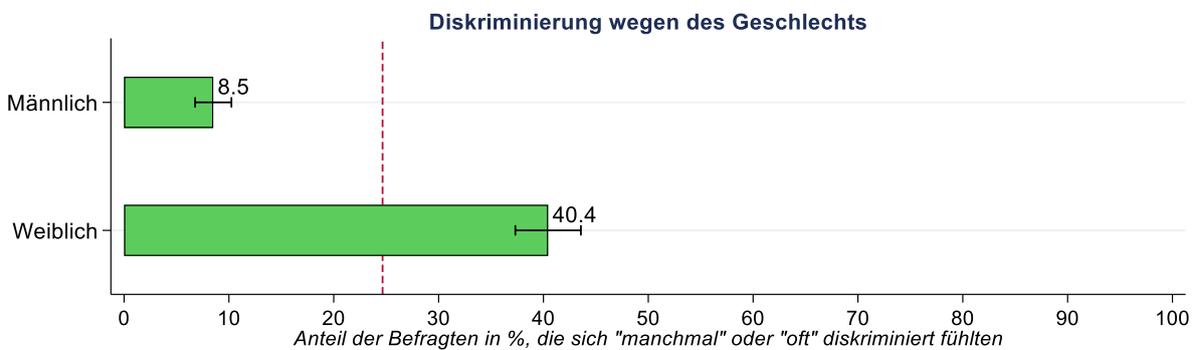
Aber wer sind die Befragten, die sich besonders diskriminiert fühlen? Bei Diskriminierung aufgrund der Hautfarbe oder der ethnischen Herkunft/Nationalität spielt der Migrationsstatus eine wichtige Rolle. Junge Menschen mit Migrationshintergrund berichten deutlich häufiger von Diskriminierung als Befragte, die keine Migrationserfahrungen haben. Zudem sind Befragte, die selbst nach Deutschland zugewandert sind (diese werden als Migrant*innen der 1. Generation bezeichnet), von dieser Art der Diskriminierung besonders oft betroffen. Während der Anteil der Befragten, die sich mindestens „manchmal“ aufgrund ihrer Hautfarbe oder ethnischen Herkunft/Nationalität diskriminiert fühlen, insgesamt bei 17% liegt, beträgt dieser bei den selbst zugewanderten Befragten 40.5% und bei den Befragten, die selbst in Deutschland geboren wurden, deren Eltern aber zugewandert sind (diese werden als Migranten der zweiten Generation bezeichnet) 27.3%.



Die Wahrnehmung von Diskriminierung aufgrund der Religion unterscheidet sich deutlich nach Religionszugehörigkeit. Erwartungsgemäß berichten Befragte, die sich nach eigenen Angaben keiner Religion zugehörig fühlen, am seltensten von dieser Art der Diskriminierung (3.7%). Von denjenigen, die sich als Christ*innen bezeichnen, geben 6.7% an, im letzten Jahr Diskriminierung erfahren zu haben. Besonders belastet sind in Deutschland lebende Angehörige muslimischer Religionsgemeinschaften. 57.6% der muslimischen Befragten geben an, in den letzten 12 Monaten zumindest „manchmal“ aufgrund ihrer Religion diskriminiert worden zu sein.



Erwartungsgemäß fühlt sich nur ein geringer Anteil der männlichen Befragten aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert (8.5%). Bei den Frauen ist der Anteil derjenigen, die sich in den letzten 12 Monaten zumindest „manchmal“ aufgrund ihres Geschlechts diskriminiert gefühlt haben, mit 40.4% rund fünfmal höher.

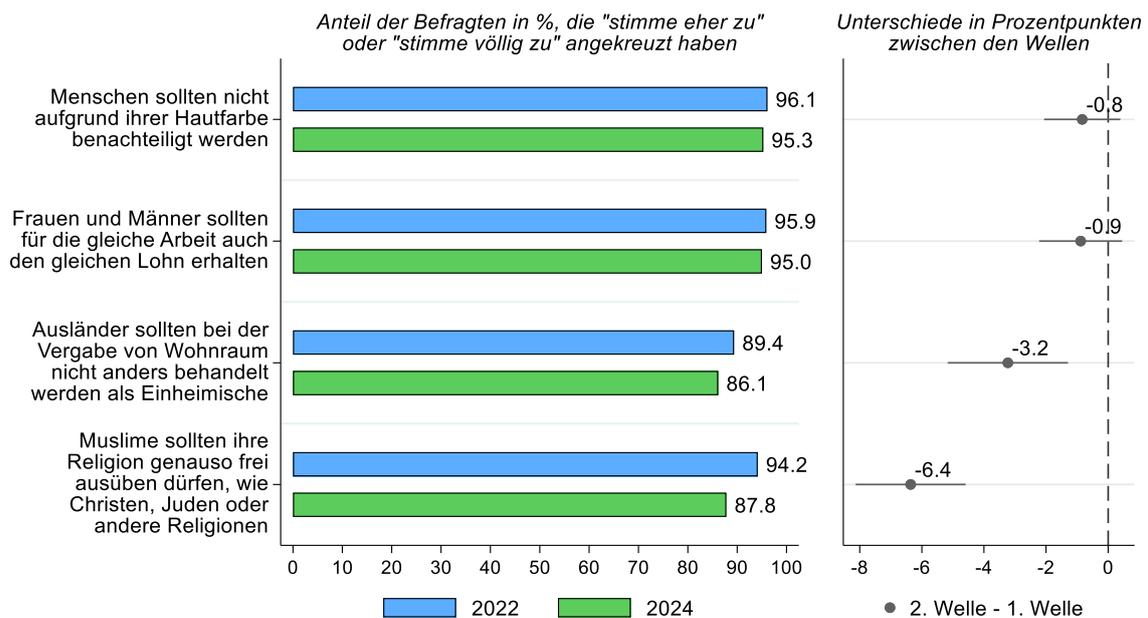


Eigene Meinung zu (In-)Toleranz

Die große Mehrheit der Befragten zeigt sich tolerant gegenüber Menschen aus anderen Gruppen. 95.3% stimmen eher oder völlig zu, dass Menschen nicht aufgrund ihrer Hautfarbe benachteiligt werden sollten. 95% stimmen eher oder völlig zu, dass Frauen und Männer für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn erhalten sollten. 86.1% stimmen eher oder völlig zu, dass Ausländer bei der Vergabe von Wohnungen nicht anders behandelt werden sollten als Einheimische. 87.8% der Befragten stimmen eher oder völlig zu, dass Muslime ihre Religion genauso frei ausüben dürfen wie andere Religionen.

Trotz dieser hohen Zustimmungswerte zu den Toleranzitems ist aber auch eine problematische Tendenz zu erkennen, die weitere Aufmerksamkeit erfahren sollte. Es zeigt sich ein signifikanter Rückgang der Zustimmung zwischen den Wellen bei den Items zu Ausländern („Ausländer sollten bei der Vergabe von Wohnraum nicht anders behandelt werden als Einheimische“) und Muslimen („Muslime sollten ihre Religion genauso frei ausüben dürfen, wie Christen, Juden oder andere Religionen“). 3,2 Prozentpunkte weniger Befragte stimmen in der zweiten Welle dem Item zu, das sich auf Ausländer bezieht, während der Rückgang beim Item, das sich auf Muslime bezieht, 6,4 Prozentpunkte beträgt.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Aussagen zu?



Eigene Meinung zu Freiheitsrechten

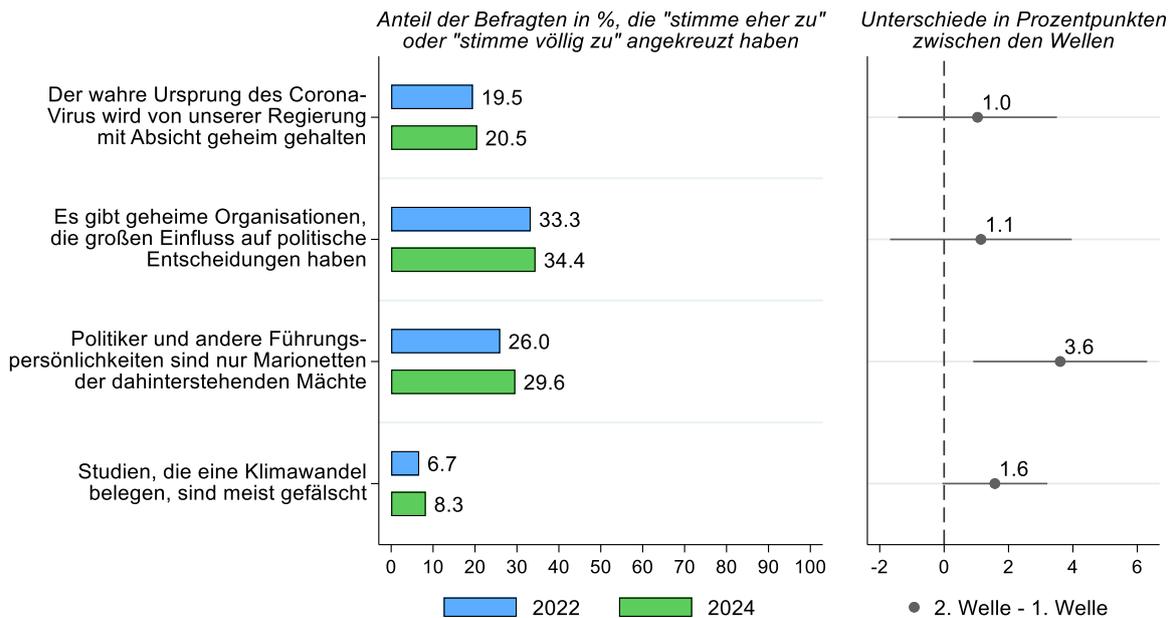
Die Mehrheit der Befragten stimmt auch den Aussagen zu den Grundfreiheiten der Demokratie zu. 90% der Befragten glauben an die Freiheit, auf der Straße demonstrieren zu können. 91.4% der Befragten stimmen eher oder völlig zu, dass die Pressefreiheit wichtig ist. 92.4% stimmen eher oder völlig zu, dass Minderheiten das Recht haben sollten, ihre Meinung frei zu äußern. Bei diesem letzten Item ist allerdings ein signifikanter Rückgang von 3.1 Prozentpunkten zwischen den beiden Wellen zu verzeichnen.

Akzeptanz von Verschwörungstheorien

Unter den jungen Menschen gibt es einen durchaus relevanten Anteil, der an Verschwörungserzählungen glaubt. 20.5% der Befragten stimmen eher oder völlig der Aussage zu, dass die wahre Herkunft des Corona-Virus von der Regierung vertuscht wird. Mehr als ein Drittel der Befragten

(34.4%) geht davon aus, dass es geheime Organisationen gibt, die die Politik steuern. 29.6% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass Politiker Marionetten geheimer Mächte sind. Bei dieser Aussage findet sich zwischen den beiden Wellen eine Zunahme um 3.6 Prozentpunkte, während die vorherigen Aussagen einen stabilen Zustimmungsanteil aufweisen. Nur 8.3% der jungen Menschen stimmen der Aussage zu, dass Studien zum Klimawandel meist gefälscht sind. Diese Rate liegt in der erwachsenen Bevölkerung deutlich höher. Sie ist bei jungen Menschen seit 2024 allerdings um 1.6 Prozentpunkte leicht gestiegen.

Wie sehr stimmen Sie den folgenden Ansichten zu?



Zusammenfassung und erste Folgerungen

Dieser kurze Bericht stellt einige ausgewählte, zentrale Ergebnisse der JuMiD-Studien vor, im Rahmen derer Jugendliche und junge Erwachsene zwischen 16 und 21 Jahren befragt wurden. Schon diese wenigen Befunde lassen einige wichtige Tendenzen erkennen. So zeigt sich in dieser Altersgruppe ein deutlicher Rechtsruck und eine Zunahme der ohnehin schon recht hohen Unzufriedenheit mit der Politik und den Entscheidungsträgern im Vergleich zum Jahr 2022.

So hat sich die Rate potentieller AfD-Wähler*innen in dieser Altersgruppe zwischen 2022 und 2024 von 2.3% auf 9.9% erhöht, d.h. mehr als vervierfacht. Damit im Einklang stehend ordnen sich 17.2% der Befragten im Jahr 2024 selbst dem eher rechten politischen Spektrum zu. Im Jahr 2022 lag der Anteil derer, die sich in dieser Weise einem rechten Spektrum zuordnen, demgegenüber nur bei 9.6%. Gleichzeitig wuchs der Anteil derer, die erklären, nicht wählen zu wollen (Nichtwähler*innen) innerhalb dieser zwei Jahre von 13.5% auf 20.7%.

Die Bewertung der staatlichen Institutionen zeigt im Ergebnis zwei Gesichter. Auf der einen Seite bewerten die Jugendlichen und jungen Erwachsenen die politischen Parteien und die Regierung immer schlechter. Im Jahr 2024 sahen nur noch 19% der Befragten die politischen Parteien positiv, was einem Rückgang von 3.2 Prozentpunkten im Vergleich zu 2022 entspricht. Bei der Regierung liegt dieser Anteil 2024 bei 27.4%, wobei hier der Rückgang mit 9 Prozentpunkten noch deutlicher ausfällt. Weiter auffällig ist, dass die weit überwiegende Mehrheit der Befragten der Meinung ist, dass sich die relevanten Entscheidungsträger nicht für die Probleme junger Menschen interessieren (69%) oder nicht in der Lage sind, diese zu lösen (75.9%). Auf der anderen Seite bewertet die Mehrheit der Befragten die Polizei positiv (73.3%) und zwar auch positiver als noch 2022 (Zunahme um 3.6 Prozentpunkte). Die Bewertung der Kommunalpolitiker*innen fällt im

Vergleich zu Parteien und Regierung deutlich besser aus, wenn auch mit 41.1% nicht mehrheitlich positiv.

Die Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland machen sich im Jahr 2024 große Sorgen mit Blick auf die aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen und Bedrohungen wie den Klimawandel (76.1%), die Zuwanderung von Flüchtlingen (52.9%), Wirtschaftskrisen (81.5%) und Krieg (72.6%). Auffällig ist, dass die Sorge um den Klimawandel seit 2022 etwas an Relevanz verloren hat (Rückgang um 7.2 Prozentpunkte), während Sorgen rund um das Thema Migration und Zuwanderung von Flüchtlingen enorm zugenommen haben (um 21.5 Prozentpunkte). Auch der Gaza-Krieg und dessen mögliche Folgen werden von den meisten mit großer Sorge betrachtet. Insbesondere eine Ausweitung des Krieges wird von vielen befürchtet, was sich nach dem Abschluss der Befragung in Bezug auf die Ausdehnung auf den Libanon und die Konflikte mit dem Iran als eine realistische Annahme bestätigt hat. Die Besorgnis über den Krieg in der Ukraine nimmt dagegen etwas ab.

Die Befragten scheinen den Druck dieser Probleme auch ganz persönlich als bedeutsame Entwicklungen zu spüren, denn die überwiegende Mehrheit stimmt den Aussagen zu, dass dringend etwas gegen die aktuellen Probleme in Deutschland getan werden muss. Illegale Protestformen werden aber gleichwohl von der überwiegenden Mehrheit abgelehnt.

Die Ergebnisse zeigen, dass erkennbare Veränderungen auf dem Wege sind, die auch in politischer Hinsicht hoch relevant sind. Insofern erscheint es aus unserer Sicht sinnvoll, die JuMiD-Studie in den nächsten Jahren weiter fortzusetzen. Die Meinungen und subjektiven Erlebnisse der Jugendlichen und jungen Erwachsenen kontinuierlich über ein solches Monitoring im Blick zu behalten ist essentiell, um Potentiale künftiger politischer Entwicklungen bereits in der Phase ihrer Entstehung analysieren und gezielt darauf reagieren und eingehen zu können.

Die Welt hat sich seit 2020 ganz grundlegend verändert. Die Pandemie, der Krieg in der Ukraine und nun der Krieg im Nahen Osten haben – obwohl sie teilweise recht weit entfernt von Deutschland stattfinden – große Auswirkungen auf das Wohlbefinden der meisten Bundesbürger*innen, darunter insbesondere auch der jungen Menschen. Das kann sich, auch in ihren Erwartungen an und ihren Bewertungen von politische Entscheidungsträger wie auch die Legitimation zentraler Institutionen unserer Gesellschaft und unseres Staates niederschlagen und deren Funktionsfähigkeit massiv beeinflussen.

14

In den nächsten Wochen und Monaten werden weitere Analysen der Daten aus JuMiD 2024 zu speziellen Einzelthemen durchgeführt und anhand von Berichten, Veröffentlichungen in Fachzeitschriften und über öffentliche Präsentationen den Vertreter*innen aus Politik, zivilgesellschaftlichen Institutionen und der interessierten Öffentlichkeit insgesamt zur Verfügung gestellt. Darüber werden wir ebenfalls auf dieser Website regelmäßig auch informieren.

Abschließend möchten wir uns an dieser Stelle bei allen Teilnehmer*innen der JuMiD-Studie für ihre Bereitschaft bedanken, unsere Fragen zu beantworten und dadurch ein Bild der Lebenssituation junger Menschen, insbesondere ihrer Wahrnehmungen gesellschaftlicher Zustände und Entwicklung sowie ihrer damit verbundenen Wünsche und Erwartungen zeichnen zu können.

Herzlichen Dank!!

Für Rückfragen kontaktieren Sie gerne unser MOTRA-Team an der Universität Hamburg über E-mail: jumid-studie@uni-hamburg.de.